

Aktuelle Debatte – Droht der Pflegenotstand in baden-württembergischen Kliniken? Was kann die Politik tun? – 08.11.2017 – Rainer Hinderer MdL

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Erinnert sich noch jemand an Alexander Jorde? – Nicht so schlimm. Aber es wäre gut, wenn wir uns heute Morgen an das, was er ausgelöst hat, erinnern. Er ist der Krankenpfleger, der im September in der „Wahlarena“ unsere Bundeskanzlerin durchaus in Verlegenheit gebracht hat. Er hat das Thema „Pflege und Pflegenotstand“ dann auch in den Bundestagswahlkampf gebracht. Gegenstand dieser Diskussion war das Thema „Verbindliche Personalbemessung und Personalschlüssel“. Die Bundeskanzlerin war nicht ganz im Bilde, steckte nicht in der Tiefe der Materie drin, aber ich hatte den Eindruck, dass sie zumindest eine Ahnung davon hatte, dass eine Personalbemessung erforderlich ist. Deshalb ist uns jetzt wichtig, dass dieses Thema nicht im Bundestagswahlkampf hängen bleibt und irgendwo verpufft, sondern auch weiterhin auf unserer Tagesordnung – heute hier im Landtag – bleibt. Um was geht es? Seit Jahren berichten die Medien über die Pflegesituation in den Krankenhäusern. Der Ernst der Lage kann jedem bewusst werden, wenn er sich mit der einen oder anderen Pflegefachkraft einmal etwas länger unterhält. Die Beschäftigten machen ja auch seit geraumer Zeit mit ihrer Gewerkschaft ver.di durch Aktionen und Streiks immer wieder auf diesen untragbaren Zustand aufmerksam: beim Pflegepersonal unterbesetzt, die Beschäftigten müssen mehr arbeiten, der Krankenstand steigt, die Motivation lässt nach, und letztendlich geht das alles zulasten der Krankenhauspatientinnen und -patienten. Warum ist das so? Die Gesundheitspflege gehört – gleichermaßen wie die Altenpflege – auch in Baden-Württemberg zu den Mangelberufen, auch auf unserem Arbeitsmarkt. Da beginnt eine Abwärtsspirale. Pflege, insbesondere die Pflege in den Kliniken, bedingt eine Vielzahl von psychischen und auch physischen Belastungen: Schichtdienst, Vertretungsdienste, „Holen aus dem Frei“. Ein Teil der Beschäftigten hält diese Belastungen nicht ein Berufsleben lang aus. Sie werden krank oder suchen sich eine andere Beschäftigung. Die Umstellung der Vergütung bei den Klinikleistungen hat dazu geführt, dass hauptsächlich die durch Ärzte erbrachten Leistungen abrechenbar sind, viel weniger die Leistungen der Pflege. Das Hauptproblem sind die Rahmenbedingungen der Arbeit und die Tatsache, dass wir zu wenig Personal haben. Mit ein paar wenigen Vergleichszahlen kann man das deutlich machen. In England betreut eine Pflegekraft in der Tagesschicht im Durchschnitt acht Patienten. In den Niederlanden und der Schweiz sind es sogar nur fünf Patienten. Was schätzen Sie, wie viel es bei uns sind? – Zehn. Also: Wir haben Personalmangel in allen Kliniken. Das ist auch ganz unabhängig von der Trägerschaft. Nach Aussagen der Deutschen Krankenhausgesellschaft fehlen allein im Intensivbereich 3150 Stellen. Dazu gehören insbesondere auch unsere Universitätskliniken. Hier sind ja aktuell die Auseinandersetzungen zwischen ver.di und den Arbeitgebern besonders groß. Da sage ich: Hochleistungsmedizin funktioniert nicht ohne Hochleistungspflege, und Hochleistungsmedizin funktioniert nicht, ohne mit dem Pflegepersonal an einem Strang zu ziehen, und zwar in die gleiche Richtung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine ganze Anzahl von Vorschlägen, die bereits auf dem Tisch liegen. Die SPD hat sich im Bund und in den Ländern intensiv dafür eingesetzt, dass die Pflege in der Krankenhausfinanzierung besser berücksichtigt wird und auch aus Gründen der Qualität Personaluntergrenzen eingeführt werden. Mindestbesetzung und Personalbemessungssysteme im Pflegedienst müssen auch nicht neu erfunden werden. Es gibt Modelle in vielen Ländern, auch in vielen – da erwartet man das gar nicht – US-Bundesstaaten, auch in Kalifornien – auch dazu hätte der Gouverneur etwas sagen können –, auch z.B. in den skandinavischen Ländern. Der Sozialausschuss konnte sich vor Kurzem auf seiner Ausschussreise ein Bild davon machen. Seit Frühjahr dieses Jahres liegen auch von der Expertenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“ Vorschläge vor.

Die Bundesregierung hat kurz darauf den neuen § 137 i im SGB V beschlossen. Danach haben die Kassen und Krankenhäuser den Auftrag, spätestens bis Mitte nächsten Jahres mit Wirkung zum 1. Januar 2019 verbindliche Pflegepersonaluntergrenzen für alle Krankenhäuser zu vereinbaren. Ich weiß, das ist keine einfache Regelung, sehe aber trotzdem in der jetzigen Finanzierungsstruktur keinen anderen Weg als die Einführung dieser Personaluntergrenzen. Aus baden-württembergischer Sicht möchte ich den Verhandlungspartnern mit auf den Weg geben, keinesfalls die schlechtesten Personalstandards in den Bundesländern herauszusuchen und diese zu Mindeststandards zu erheben. Personaluntergrenzen dürfen auch nicht zur Norm in der Personalbesetzung werden. Sie dienen ausdrücklich nur dazu, eine Gefährdung der medizinischen Versorgung und der Mitarbeitenden zu vermeiden. Die Personalbemessung darf sich aus unserer Sicht auch nicht auf die pflegeintensiven Bereiche wie Intensivstation oder Nachtdienst beschränken. Das kann bestenfalls der Einstieg sein. Ansonsten führt es unweigerlich zu Verschiebungen innerhalb der Bereiche in den Kliniken. Die neue Bundesregierung muss dieses Thema zwingend beherzt angehen. Von den Sondierungsgesprächen in Berlin habe ich dazu bisher noch nicht allzu viel gehört. Man hört mehr z. B. über das Thema „Legalisierung von Cannabis“ und sonstige Themen. Ich halte dieses Thema für zentral wichtig und sehe da eine große Verantwortung in der Bundespolitik aber nicht nur dort.

Auch im Land haben wir – das Gesundheitsministerium war ja federführend – eine Verantwortung, Herr Sozialminister Lucha. Die Krankenhausfinanzierung ist eine duale Finanzierung: Investitionsförderung durch die Bundesländer, Betriebskostenfinanzierung durch die Krankenversicherungen. Wenn die Investitionen nicht ausreichend sind, fehlt den Krankenhäusern Geld, und das auch in der Pflege. Im Staatshaushalt 2016, Herr Sozialminister, haben Sie den originären Landeszuschuss um über 50 Millionen € gesenkt, um mit diesem Betrag die Bundesmittel aus dem Strukturfonds kofinanzieren. Wir haben das kritisiert, und Sie haben dies entgegen Ihrer eigenen Vereinbarung – Stichwort Geheimpapier – durchgesetzt. Für den Doppelhaushalt 2018/2019 sind wieder Kürzungen um 13 Millionen € pro Jahr angekündigt. Dieses Geld fehlt den Kliniken, und das geht auch zulasten der Pflege. Ich möchte an dieser Stelle den Präsidenten der Deutschen Krankenhausgesellschaft und Landrat des Landkreises Reutlingen, Reumann, zitieren. Er forderte in diesen Wochen, direkte Maßnahmen zur Entlastung des Personals in Angriff zu nehmen, und spricht auch die Bürokratielast an. Dazu gehört aus Sicht der Krankenhausträger ein Sonderprogramm „Digitales Krankenhaus“, das die Digitalisierung vorantreibt, um so Personal zu entlasten und Dokumentationsanforderungen leichter bewältigen zu können. Bei der Reise des Sozialausschusses haben wir in Oulu gesehen, wie gut das funktionieren kann. Vonseiten der Landesregierung habe ich zu diesem Thema bisher noch wenig gehört. Wir halten dieses Sonderprogramm in der Investitionsförderung für dringend erforderlich. Ohne entsprechendes Geld gibt es keine digitale Infrastruktur. Was also muss getan werden? Wir müssen die Pflegeberufe aufwerten, bessere Arbeitsbedingungen schaffen, Pflegekräfte von Arbeiten entlasten, die andere durchführen können. Wir müssen auch in der Pflege schauen, dass die Arbeit entsprechend der Qualifikation und der Wichtigkeit bezahlt wird. Meine Kolleginnen und Kollegen, Sie alle sind bereit, wenn Sie ihr Auto zur Reparatur bringen oder einen Handwerker beauftragen, ordentliche Stundenlöhne zu zahlen. Das muss auch für die Menschen gelten, die uns alle irgendwann, wenn wir im Krankenhaus oder in einer Einrichtung der Altenpflege sind, einmal pflegen. Die Bezahlung ist also auch ein Thema. Wichtiger sind die Rahmenbedingungen. Last, but not least geht es auch darum, dass wir Ausbildung und Studium weiterentwickeln. Das Pflegeberufegesetz ist dazu eine mühsam erarbeitete Grundlage. Wir müssen es jetzt umsetzen, anstatt dauernd daran herumzukritisieren. Die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen.

In diesem Sinn vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort.